



Marius Rogall

# Informelle Beteiligung im Stromnetzausbau

---

Eine explorative Fallstudie anhand  
des Fallbeispiels „SuedLink“ in der  
Region Hannover.

**Centrum für Umweltmanagement,  
Ressourcen und Energie (CURE)**

Fakultät für Wirtschaftswissenschaft  
Ruhr-Universität Bochum  
Universitätsstraße 150  
44801 Bochum

Telefon: 0234 32-19638  
E-Mail: [cure-econ@rub.de](mailto:cure-econ@rub.de)

*Diese Publikation beruht auf einer Masterarbeit, die an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Ruhr-Universität Bochum im Studienprogramm „Management und Regulierung von Arbeit, Wirtschaft und Organisation“ eingereicht wurde.*

**2023**

**Autor**

Marius Rogall  
Tel.: 0234 32-24137  
Mail: [marius.rogall@rub.de](mailto:marius.rogall@rub.de)

**Grafiken:** Abb. 1 (S.3), Abb. 3 (S.9) und Abb.4 (S.11) wurden erstellt mit Vorlagen von PresentationGO

**Titelbild:** [unsplash.com](https://unsplash.com)

**Zitationsvorschlag**

Rogall, Marius (2023): Informelle Beteiligung im Stromnetzausbau. Eine explorative Fallstudie anhand des Fallbeispiels „SuedLink“ in der Region Hannover. Ruhr-Universität Bochum.

## NETZAUSBAU – DER „FLASCHENHALS DER ENERGIEWENDE“

Es ist dringend notwendig, die deutsche und europäische Energiewende voranzutreiben, um Klimaziele zu erreichen und (politische) Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern abzubauen. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist dafür wichtig — aber nicht ausreichend! Gleichzeitig müssen auch neue Übertragungsnetze entstehen, um den Strom, ausgehend von neuen Erzeugungsschwerpunkten vor allem entlang der norddeutschen Küsten, überhaupt deutschland- und europaweit verteilen zu können. Der Stromnetzausbau wird deshalb auch als „Flaschenhals der Energiewende“ bezeichnet (Kamlage/Richter/Nanz, 2018, S. 627).

Zu Beginn des Jahres 2013 waren gerade einmal 24 Ausbauprojekte in Planung (Bundesnetzagentur, 2013). Bis Ende des Jahres 2022 ist diese Zahl auf 119 Vorhaben angestiegen (Bundesnetzagentur, 2023b). Der Aus- und Umbau stockt allerdings. Einige Projekte, wie die Wähler-Mecklar Trasse oder auch der SuedLink, befinden sich seit über 10 Jahren im Planungs- und Genehmigungsprozess (vgl. Bundesnetzagentur, 2023c; 2023a). Laut des Monitoringberichts der Bundesnetzagentur aus dem vierten Quartal 2022 sind in Deutschland derzeit neue Höchstspannungsleitungen mit einer Länge von 14.054km geplant. Bisher wurde davon aber nur 2.459km fertiggestellt. Lediglich 25 Vorhaben wurden bereits vollständig realisiert (Bundesnetzagentur, 2023b).

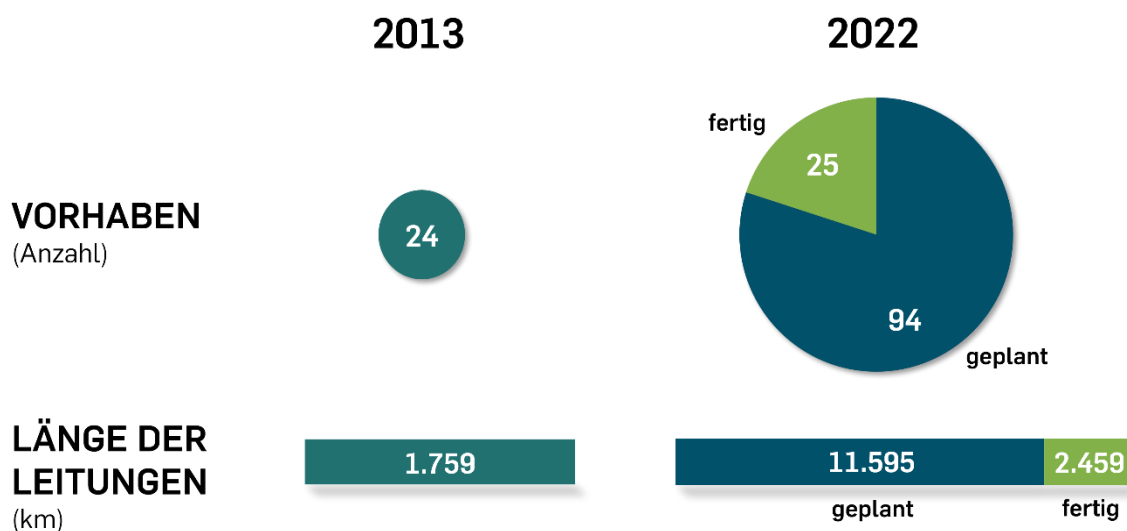


Abb. 1: Vorhaben und Leitungskilometer im deutschen Stromnetzausbau zum 31.03.2013 (geplant) und 31.12.2022 (geplant und fertiggestellt), eigene Darstellung. Quelle: Bundesnetzagentur 2013, 2023b

Ein häufiger Grund für Verzögerungen sind die vielen verschiedenen Akteure, die auf allen politischen Ebenen am Stromnetzausbau beteiligt und/oder davon betroffen sind. Ihre unterschiedlichen Interessen treffen in den regionalen Planungsverfahren aufeinander und führen

regelmäßig zu lokalen Konflikten und Widerständen gegen das Projekt (vgl. Weber/Kühne, 2021).

## **BESCHLEUNIGUNG DURCH INFORMELLE ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG!?**

In Deutschland sind vier Übertragungsnetzbetreiber (im Folgenden: ÜNB) als staatlich regulierte Unternehmen für den Ausbau, den Betrieb und die Instandhaltung der Höchstspannungsnetze zuständig. Sie reagieren auf die Widerstände vor Ort mit umfangreichen, informellen Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung in den betroffenen Regionen, von denen sie sich eine akzeptanzsteigernde Wirkung und letztendlich auch eine Beschleunigung des Stromnetzausbaus erhoffen (vgl. Kamlage/Richter/Nanz, 2018; BMWi, 2021). Maßnahmen der Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung sind mittlerweile fest in den Unternehmens- und Projektstrukturen der ÜNB verankert (Krebber, 2016, S. 254f.).

Die **informelle Öffentlichkeitsbeteiligung im Stromnetzausbau** wird von den ÜNB freiwillig durchgeführt und ergänzt das formale Beteiligungsverfahren, welches gesetzlich vorgeschrieben ist und in der Verantwortung der jeweiligen Genehmigungsbehörde liegt. Die informellen Beteiligungsverfahren starten frühzeitig im Vorfeld der formalen Verfahren. Ihre Ergebnisse haben keinen rechtlich bindenden Charakter, sondern sollen die Genehmigungsentscheidung vorbereiten (vgl. Arbter et. al., 2005, S. 10).

## **FORSCHUNGSFRAGEN**

Das Ziel der Masterarbeit, deren Ergebnisse im Folgenden in gekürzter Form dargestellt werden sollen, war es, ein solches informelles Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung durch einen ÜNB anhand der folgenden Fragen zu beschreiben und zu analysieren:

- Welche Akteure werden beteiligt?
- Welche Beteiligungsformate werden eingesetzt?
- Wie ist der chronologische Ablauf eines solchen Beteiligungsverfahrens?

Ein Fokus lag dabei auf den nicht-öffentlichen Beteiligungsformaten und den strategischen Überlegungen des ÜNB hinter der Prozessgestaltung, da diese beiden Aspekte in der bisherigen Forschung kaum beachtet wurden.

Anschließend wurden die Ergebnisse vor dem Hintergrund eines *deliberativen Verständnisses von Beteiligung* und dem Begriff der *politischen Kampagne* reflektiert, wie er im Forschungsfeld der politischen Kommunikation definiert wird.

Deliberative Beteiligungsverfahren zeichnen sich durch einen gleichberechtigten und fairen Dialog aus, in dem verschiedene Interessenvertreter\*innen auf eine gemeinsame Willensbildung hinarbeiten. Dafür sind ein gewisser Entscheidungsspielraum, sowie eine professionelle und allparteiliche Moderation notwendig (vgl. Große Hüttmann, 2020; Nanz/Fritsche, 2012; Kamlage/Nanz/Fleischer, 2014).

## **FORSCHUNGSDESIGN**

Um die Forschungsfragen zu beantworten, wurde eine Fallstudie in der *Region Hannover* erarbeitet. Diese ist vom Ausbauprojekt *SuedLink* betroffen, welches vor Ort vom ÜNB *TenneT* geplant wird. Es handelt sich dabei um eine Gleichstrom-Erdkabel-Trasse, die als eine der sogenannten “Stromautobahnen“ den Strom aus dem Norden in den Süden Deutschlands transportieren soll.

Im Forschungsvorhaben wurden insgesamt sieben Interviews geführt, aus denen im Folgenden auch zitiert wird. Die Gesprächspartner waren Mitarbeiter von *TenneT* und andere Experten<sup>1</sup> aus der Praxis. Diese Gespräche mit *Insidern* ermöglichten einen Blick hinter die Arbeit des ÜNB und die nicht-öffentlichen Beteiligungsformate. Ergänzt wurden sie durch die Auswertung von Presseartikeln, Kommunikationsmaterialien von *TenneT* und anderen öffentlich zugänglichen Dokumenten.

## **ERGEBNISSE**

Im Folgenden werden die Forschungsergebnisse in gekürzter und komprimierter Form dargestellt.

### **Beteiligungsformate**

Die ÜNB versuchen im Laufe ihrer Beteiligungsverfahren alle Betroffenen vor Ort zu identifizieren und alle Perspektiven auf das Projekt anzuhören.

---

<sup>1</sup> Da es sich ausschließlich um männliche Interviewpartner handelte, kann an dieser Stelle auf eine gendersensible Ausdrucksweise verzichtet werden.

„Ich würde sagen, dass alle ÜNB mittlerweile ein sehr gutes Bild vom Raum, in dem sie planen, entwickeln. Das stellen sie sicher. [...] Wichtig ist dabei immer: Die Vorhabenträger sollten möglichst keine blinden Flecken haben! Man muss überall gewesen sein, man muss überall das Gefühl haben: Das Bild ist jetzt vor Ort gesättigt.“

(Strategieberater)

Die Beteiligungsformate, die *TenneT* dabei einsetzt, lassen sich in **öffentliche** und **nicht-öffentliche** Formate unterteilen.

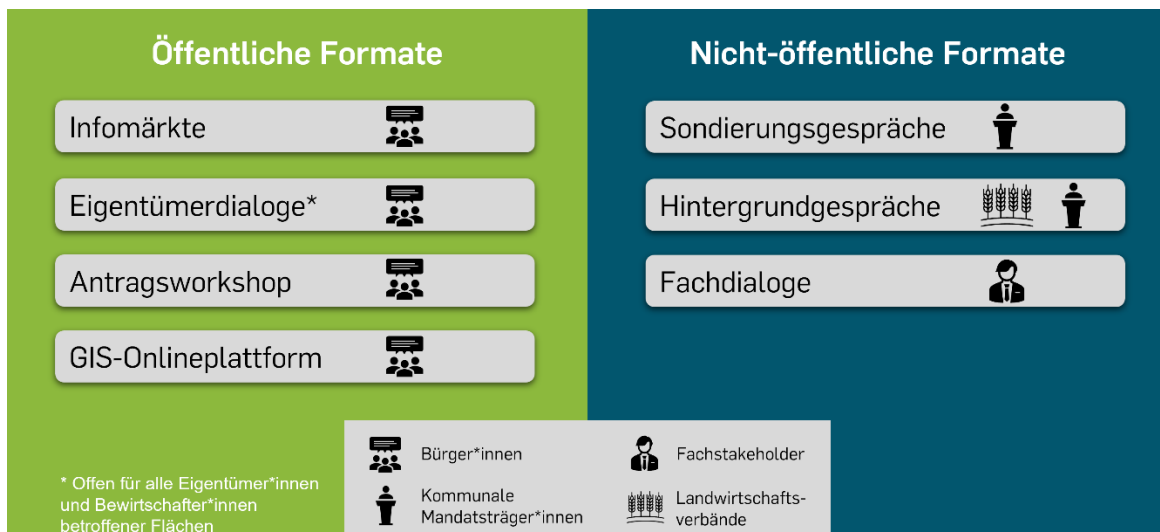


Abb. 2: Beteiligungsformate von TenneT, eigene Darstellung

**Öffentliche Beteiligungsformate**, wie zum Beispiel die *Infomärkte*, sind eine offene Einladung an alle Interessierten und Betroffenen, sich an einem zentralen Ort in ihrer Region (z.B. Gaststätte oder Stadthalle) an verschiedenen Themeninseln über das Ausbaivorhaben und den konkreten Planungsstand zu informieren. Mehrere Mitglieder des *TenneT*-Projektteams sind vor Ort, um Fragen zu beantworten und sachdienliche Hinweise aufzunehmen. Diese öffentlichen Auftritte des ÜNB dienen neben der Informationsweitergabe auch dem Vertrauensaufbau und sollen zeigen, dass es dem Vorhabenträger um eine ernsthafte Beteiligung geht. Sie sind wichtig, um Beteiligungserwartungen, die politische Akteure und Stakeholder an den ÜNB richten, zu erfüllen.

Bei den **nicht-öffentlichen Beteiligungsformaten** handelt es sich meist um Hintergrundgespräche zwischen *TenneT* und zentralen Stakeholdern oder Multiplikator\*innen. In einer persönlichen und sachlichen Gesprächsatmosphäre kann der ÜNB hier eine vertrauensvolle Beziehung

aufbauen und Überzeugungsarbeit für das eigene Projekt leisten. So beginnt die Beteiligung von *TenneT* in den betroffenen Kommunen meist mit einem *Sondierungsgespräch* mit dem jeweiligen Bürgermeister oder der Bürgermeisterin.

*„Wenn wir den [Bürgermeister] [...] schon die Woche vorher informiert haben, und gesagt haben: ‚Pass mal auf, da kommt was. Hat den und den Hintergrund.‘ Dann [...] ist es auch einfacher, so jemanden als Fürsprecher zu gewinnen.“*

(Bürgerreferent *TenneT*)

Im weiteren Verlauf des Beteiligungsverfahrens führt *TenneT* solche Gespräche regelmäßig, nicht nur mit Bürgermeister\*innen, sondern zum Beispiel auch mit Vertreter\*innen der regionalen Landwirtschaftsverbände. Diese sind bei Erdkabelprojekten, wie dem *SuedLink*, zentrale Stakeholder. Sie vertreten die Interessen von Landwirt\*innen und Flächeneigentümer\*innen, die negative Auswirkungen des Kabels auf die Bodenbeschaffenheit und damit auch auf die landwirtschaftlichen Erträge befürchten (vgl. Landvolk Niedersachsen, 2017).

### **Bedeutung der nicht-öffentlichen Beteiligung**

In den Ergebnissen dieser Arbeit wird sehr deutlich, dass die nicht-öffentlichen Beteiligungsformate eine wichtige Rolle im Verfahren der informellen Öffentlichkeitsbeteiligung durch *TenneT* spielen. Das wird schon daran deutlich, dass zentrale Stakeholder, wie die Landwirtschaftsverbände, fast ausschließlich in Hintergrundgesprächen informiert und beteiligt werden. Obwohl Mitarbeiter von *TenneT* berichten, dass es sich hierbei um einen starken Lobbyverband handelt, mit dem „intensivere Dialoge“ geführt werden müssten (P6 Vertreter *TenneT*, Pos. 43), profitieren beide Akteure von diesem Format. Sie teilen grundsätzliche Ansichten darüber, welche Argumente und Bedenken legitim sind (vor allem die wirtschaftlichen Argumente der Landwirt\*innen) und welche eher nicht (zum Beispiel gesundheitliche Bedenken der Anwohner\*innen). Diese Übereinkunft ermöglicht sachliche und produktive Gespräche, in denen eine Einigung gefunden werden kann.

Die Landwirtschaftsverbände können zudem durch den regelmäßigen Kontakt mit dem ÜNB ihre eigenen Themen und Interessen viel effektiver in das Verfahren einbringen. Dies zeigt sich beispielsweise an dem Fokus auf Bodenschutzthemen im informellen Beteiligungsverfahren zum *SuedLink*.

Dieser vorteilhafte Zugang zu Hintergrundgesprächen mit dem ÜNB steht nicht allen Stakeholdern zur Verfügung, wodurch ungleiche Beteiligungsmöglichkeiten entstehen.

Außerdem tragen die nicht-öffentlichen Formate zur Intransparenz der Beteiligungs- und Planungsverfahren bei, da ihr Inhalt für Außenstehende nicht nachvollziehbar ist. Dies kann dazu beitragen, dass die anderen Stakeholder das Beteiligungsverfahren als ungerecht wahrnehmen. Besonders hoch scheint die Gefahr, wenn über längere Zeiträume ausschließlich nicht-öffentliche Beteiligung stattfindet.

### **Flexibilität des informellen Beteiligungsverfahrens**

Der SuedLink wurde 2013 zunächst als Freileitung geplant, bevor im Jahr 2015 auf bundespolitischer Ebene entschieden wurde, die Trasse doch als Erdkabel zu verlegen (vgl. Braune, 2015). Diese Entscheidung führte zu einer Verschiebung der Betroffenheiten und Akzeptanzdefizite, die sich auch am Beispiel der Region Hannover nachvollziehen lassen. Während hier anfangs ein Bündnis aus Anwohner\*innen und kommunalen Mandatsträger\*innen öffentlich Kritik an dem Freileitungsprojekt übte, zogen sich diese Akteure ab 2016 vermehrt aus den Planungs- und Beteiligungsprozessen zurück. Seitdem sind insbesondere Flächeneigentümer\*innen und Landwirt\*innen stärker betroffen, die sich über ihre Interessenverbände als eine der wenigen Stakeholder noch intensiv zum Thema *SuedLink* engagieren.

*„Wir sehen uns da relativ allein auf weiter Flur. Wir führen da einen einsamen Kampf. Es sind ja auch alle zufriedengestellt. Das muss man einfach so sehen. Durch diese Erdkabelentscheidung sind die allermeisten zufriedengestellt und damit eben auch als potenzielle Widerständler aus dem Rennen. Das ist ja ganz klar.“*

(Vertreter des Landvolks Hannover)

Dementsprechend hat *TenneT* auch sein Beteiligungsverfahren sukzessiv angepasst, bis zuletzt aufgrund der fehlenden Nachfrage kaum noch öffentliche Beteiligungsformate in der Region Hannover stattfanden und der Fokus auf Hintergrundgesprächen mit wenigen zentralen Stakeholdern lag.

In gewisser Weise ist das Beteiligungsverfahren von *TenneT* also flexibel. Ein anderes Beispiel aus der Region Hannover zeigt jedoch die Grenzen dieser Flexibilität auf. Durch einen Wechsel der Vorzugsvariante im Jahr 2019 haben sich die Betroffenheiten in der Region während des laufenden Genehmigungsverfahrens nochmal deutlich verschoben. Die Trasse sollte Hannover nun westlich statt östlich umgehen.



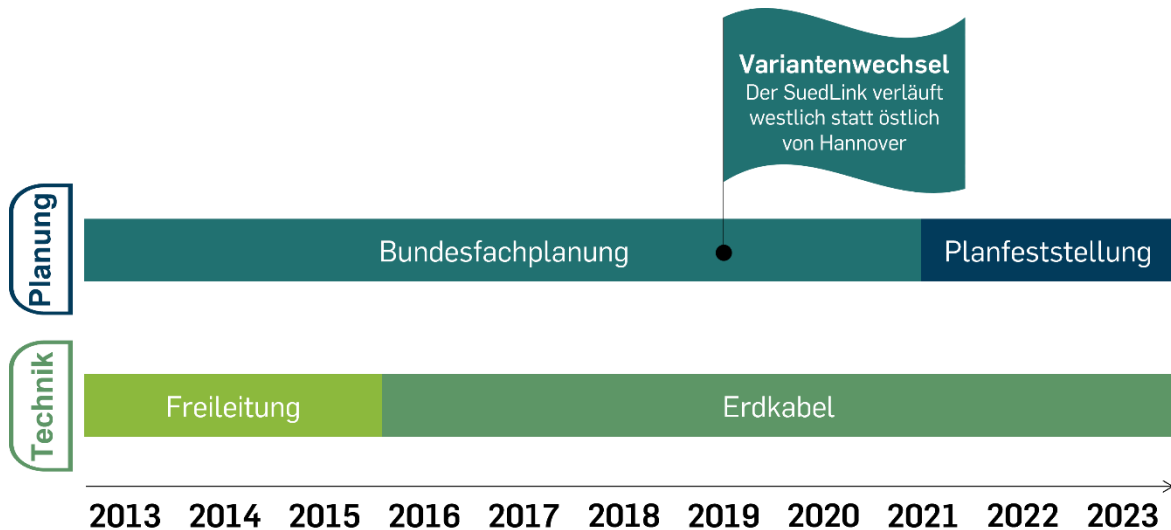


Abb. 3: Ablauf der SuedLink-Planungen in der Region Hannover, eigene Darstellung

Die *neu-betroffenen* Bürger\*innen und Kommunen fanden sich nun in einem weit fortgeschrittenen Genehmigungsverfahren wieder, in dem die Gestaltungsspielräume bereits deutlich eingeschränkt waren. Das Verfahren um den *SuedLink* wird deshalb vor allem von diesen Akteuren häufig als ungerecht empfunden. Ein Nachteil, der auch *TenneT* bewusst, aber kaum zu vermeiden sei (vgl. Zitat).

*„Beteiligung heißt natürlich auch, dass sich Dinge ändern können. [...] Wenn [...] dann ein neuer Korridor entsteht [...] dann kommt da natürlich das Gefühl auf: ‚Oh, wir kriegen jetzt ja spät mit‘. Also das ist [...] natürlich etwas, wovor man nicht gefeit ist, bei so einem Verfahren. Ich glaub da gibt es auch keine Patentlösung, aber wenn der Vorwurf aus solchen Bereichen kommt, dann ist das nachvollziehbar.“*

(Bürgerreferent *TenneT*)

Vor dem Hintergrund der nötigen Beschleunigung des Netzausbaus ist es schwierig, in den Planungsverfahren auf die Situation der *Neu-Betroffenen* angemessen einzugehen und ihnen noch die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen, die es zu einem früheren Zeitpunkt des Verfahrens gab. Diese *Nachbeteiligung* würden den Planungsprozess deutlich verzögern.

## KAMPAGNENFÖRMIGE ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Im Wesentlichen besteht die informelle Öffentlichkeitsbeteiligung von *TenneT* aus einer Informationsweitergabe an die Stakeholder, einer Planungsoptimierung entlang der verwaltungsrationalen Kriterien, die bei der zuständigen Behörde letztendlich entscheidend für die Genehmigungsentscheidung sind und einer strategischen Kommunikation des ÜNB, mit der die Stakeholder vom Projekt überzeugt werden sollen.

Vieles spricht dafür, dass die zentralen Ergebnisse der Fallstudie auch auf die Beteiligungsverfahren der anderen deutschen ÜNB übertragbar sind. So merkten verschiedene Interviewpartner an, dass die vier ÜNB in den letzten Jahren alle eine sehr ähnliche Entwicklung vollzogen hätten. Auch Krebber stellt in seiner Arbeit fest, dass die ÜNB alle in ähnlicher Weise agieren würden, da sie mit den gleichen Umweltbedingungen und Erwartungen anderer Akteure konfrontiert seien (Krebber, 2016, S. 252).

In vielen Punkten ähneln die Beteiligungsverfahren der ÜNB **politischen Kampagnen**<sup>2</sup>, wie sie im Forschungsfeld der politischen Kommunikation definiert werden:

*„Kampagnen sind dramaturgisch angelegte, thematisch begrenzte, zeitlich befristete kommunikative Strategien zur Erzeugung öffentlicher Aufmerksamkeit, die auf ein Set unterschiedlicher kommunikativer Instrumente und Techniken – werbliche und marketingspezifische Mittel und klassische PR-Maßnahmen – zurückgreifen. Ziele von Kampagnen sind: Aufmerksamkeit erzeugen, Vertrauen in die eigene Glaubwürdigkeit schaffen und Zustimmung zu den eigenen Intentionen und/oder Anschlusshandeln erzeugen.“ (Röttger, 1998, S. 667)*

Auch die ÜNB versuchen, durch ihre informellen Beteiligungsverfahren, die Stakeholder in ihren Einstellungen und ihrem Verhalten zu beeinflussen und für das geplante Projekt zu gewinnen. Die Formate des Beteiligungsprozesses sind dabei strategisch auf die verschiedenen Teilgruppen der Betroffenen ausgerichtet. Die ÜNB setzen Kommunikationsspezialist\*innen und professionelle Kommunikationsmaterialien ein. Hierbei orientieren sie sich an typischen Methoden und Techniken aus den Bereichen PR und Marketing.

Aufgrund der Ähnlichkeit mit politischen Kampagnen kann man bei den informellen Beteiligungsverfahren der ÜNB von einer **kampagnenförmigen Öffentlichkeitsbeteiligung** sprechen. Dieses kampagnenförmige Vorgehen der ÜNB ist mit ihrer zentralen Rolle im Stromnetzausbau zu erklären. Sie agieren auf allen politischen Ebenen und sind in alle Phasen des

---

<sup>2</sup> Rugenstein beschrieb die informellen Verfahren von *TenneT* beim SuedLink bereits 2017 als „Beteiligungskampagnen“ und eine strategische Reaktion auf die Proteste aus der Bürgerschaft (Rugenstein (2017, S. 159)ff.).

Netzausbaus, von der Bedarfsplanung bis hin zur regionalen Umsetzung von Trassenprojekten, aktiv involviert.

In dieser Position sind die ÜNB selbst interessengeleitete Akteure, die im „vorhabenträgerzentrierte[n] Beteiligungsmodell“ (Richter et. al., 2016, S. 19) vor der Herausforderung stehen, für ihr eigenes Projekt, welches sie umsetzen **müssen**, Überzeugungsarbeit zu leisten und gleichzeitig eine Beteiligung zu organisieren, welche von den Teilnehmenden als fair empfunden wird. Obwohl die ÜNB verschiedene Dialogformate einsetzen, in denen sie einen ernsthaften Austausch mit den Stakeholdern suchen, gelingt es ihnen häufig nicht, diese Doppelrolle zu erfüllen (vgl. ebd.). Ohne die Unterstützung einer neutralen Instanz im Rahmen der Beteiligungsprozesse scheint dies auch gar nicht möglich. Orientierung diesbezüglich bietet das Vorgehen bei der Westküstenleitung in Schleswig-Holstein. *TenneT* wurde dort bei der Kommunikation und Beteiligung von politischen Verantwortungsträger\*innen auf kommunaler und landespolitischer Ebene (vgl. Landesregierung Schleswig-Holstein et. al., 2013), sowie der Deutschen Umwelthilfe unterstützt, die den Dialogprozess vor Ort moderierte (vgl. Becker, 2013).

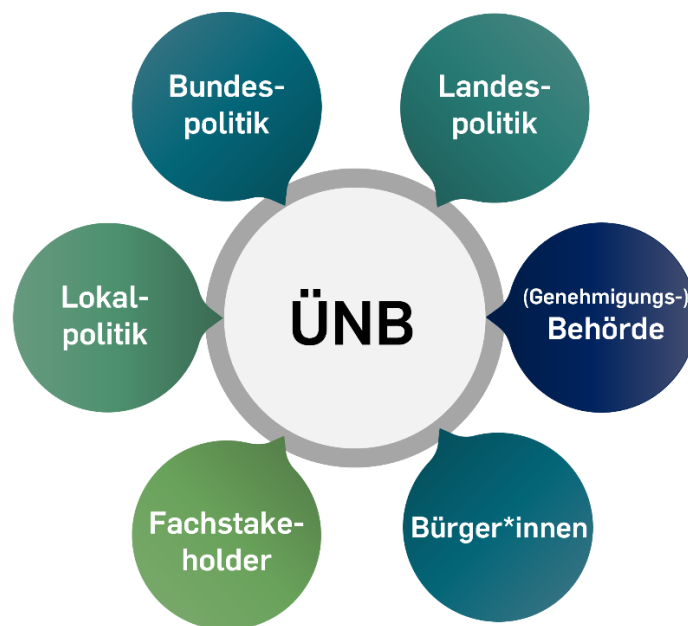


Abb. 4: Zentrale Rolle der ÜNB zwischen den Akteuren im Stromnetzausbau, eigene Darstellung

## AUSBLICK

Das Umfeld, in dem die Öffentlichkeitsbeteiligung im Stromnetzausbau stattfindet, ist sehr dynamisch und Veränderungen haben direkte Auswirkungen auf die Beteiligungsverfahren der ÜNB. Durch umfangreiche Gesetzesänderungen in den letzten Monaten, wurde der Spielraum, auf die Interessen und Vorschläge der lokalen Stakeholder einzugehen, weiter verkleinert. Und

das in einer Situation, in der die gesellschaftliche Aushandlung über die angemessene Nutzung der verbleibenden Flächen, um die neben den ÜNB für ihre Trassenprojekte auch verschiedene andere Vorhaben und Stakeholder konkurrieren, weiterhin nicht abgeschlossen ist. Das verdeutlicht die folgende Aussage eines Interviewpartners in Bezug auf den ländlichen Raum:

*„Der ländliche Raum ist ja der Energieraum schlechthin. Sowohl für die Energieproduktion als auch für die Weiterleitung. Und diesen ländlichen Raum, der ja maßgeblich ein Agrarraum ist, [...] den müssen wir würdigen. Den müssen wir wertschätzen [...]. Die Lebensmittelproduktion, die Energiewende und letztlich auch der Natur- und Umweltschutz. Das alles soll in diesen ländlichen Raum, der sich zunehmend verdichtet. Das ist eine gesellschaftspolitisch ganz, ganz große Aufgabe! Und da sind wir alle aufgerufen diese Vereinbarkeit zwischen Lebensmittelversorgung und [...] Energiewende hier draußen auf die Kette zu kriegen.“*

(Projektleiter TenneT)

Die Gesetze geben mittlerweile der Flächennutzung durch Infrastrukturprojekte, welche die Energiewende voranbringen, eine starke Priorität gegenüber vielen anderen Nutzungsarten. Dies wird beispielsweise in einer EU-Notfallverordnung von Dezember 2022 deutlich, die mittlerweile auch in deutsches Recht umgesetzt wurde. Hier wird den Vorhaben der Energiewende eine klare Priorität, teilweise auch gegenüber dem Umwelt- und Artenschutz, eingeräumt (EU, 2022; BMWK, 2023).

Vor Ort ist diese Priorität für Infrastrukturvorhaben, wie die Stromtrassen, jedoch meist stärker umstritten. Es kommt zu Konflikten darum, wie die Landschaft gestaltet sein soll und welche Arten der Flächennutzung legitim sind. Wenn die ÜNB aufgrund der Gesetzeslage noch weniger Möglichkeiten als zuvor haben, auf die Wünsche und Interessen der lokalen Stakeholder einzugehen, birgt das weiteres Potenzial zur Konflikteskalation. Es gibt hier einen Trade-off zwischen der Beschleunigung der Energiewende und der Akzeptanz der Betroffenen vor Ort, wenn beispielsweise kleinräumige Trassenalternativen aufgrund der Bündelungspflicht (vgl. §18 Abs. 3b NABEG) nicht mehr geprüft werden können, oder dem Wunsch von Umweltschützer\*innen, das Vorkommen einer bestimmten Tierart nochmal zu überprüfen, nicht entsprechen werden kann, weil gesetzlich geregelt ist, dass der ÜNB auf bestehende Daten zu diesem Thema zurückgreifen muss (vgl. §43m EnWG).

Dieser Trade-off stellt die Projektkommunikation der ÜNB vor Herausforderungen. Ihre Beteiligungsverfahren müssen an diese neue Situation angepasst werden.



## Literaturverzeichnis

Arbter, Kerstin [et al.] (2005). *Das Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Zukunft gemeinsam gestalten*. Wien.

Becker, Liv A. (2013). *Transparente Kommunikation beim Stromnetzausbau. Das Beispiel Westküstenleitung in Schleswig-Holstein*. Im Internet unter: [https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter\\_beitraege/nwbb\\_becker\\_duh\\_131007.pdf](https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/nwbb_becker_duh_131007.pdf), Recherche am 04.05.2023.

Braune, Tim (2015). Erdkabel statt Monstertrassen. In: *Thüringische Landeszeitung*, 8. Oktober, Seite 2.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (Hrsg.) (2021). *Praxisleitfaden Netzausbau*. Berlin.

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (Hrsg.) (2023). *Kabinett beschließt Beschleuniger für Wind- und Netzausbau*. Im Internet unter: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/kabinett-beschliesst-beschleuniger-fur-wind-und-netzausbau-formulierungshilfe.html>, Recherche am 20.04.2023.

Bundesnetzagentur (2013). *Stand des Ausbaus von Energieleitungen nach dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) zum ersten Quartal 2013*. Bonn.

Bundesnetzagentur (2023a). *Brunsbüttel – Großgartach (SuedLink)*. Im Internet unter: [https://www.netzausbau.de/Vorhaben/ansicht/de.html?cms\\_nummer=3&cms\\_gruppe=bbplg](https://www.netzausbau.de/Vorhaben/ansicht/de.html?cms_nummer=3&cms_gruppe=bbplg), Recherche am 17.03.2023.

Bundesnetzagentur (2023b). *Monitoringbericht des Stromnetzausbaus. Viertes Quartal 2022*. Bonn.

Bundesnetzagentur (2023c). *Wahle-Mecklar*. Im Internet unter: [https://www.netzausbau.de/Vorhaben/ansicht/de.html?cms\\_nummer=6&cms\\_gruppe=enlag](https://www.netzausbau.de/Vorhaben/ansicht/de.html?cms_nummer=6&cms_gruppe=enlag), Recherche am 17.03.2023.


Europäische Union (EU) (2022). *Verordnung (EU) 2022/2577 des Rates vom 22. Dezember 2022 zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien. Verordnung EU 2022/2577*.

- Große Hüttmann, Martin (2020). *Deliberation*. Im Internet unter: <https://www.bpb.de/kurzknapp/lexika/das-europalexikon/176777/deliberation/>, Recherche am 29.11.2022.
- Kamlage, Jan-Hendrik/Nanz, Patrizia/Fleischer, Björn (2014). Dialogorientierte Bürgerbeteiligung im Netzausbau. In: Holger Rogall [et. al.] (Hrsg.), *Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2014 / 2015*, S. 195–216. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Kamlage, Jan-Hendrik/Richter, Ina/Nanz, Patrizia (2018). An den Grenzen der Bürgerbeteiligung. Informelle dialogorientierte Bürgerbeteiligung im Netzausbau der Energiewende. In: Lars Holstenkamp/Jörg Radtke (Hrsg.), *Handbuch Energiewende und Partizipation*, S. 627–642. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Krebber, Felix (2016). *Akzeptanz durch inputorientierte Organisationskommunikation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Landesregierung Schleswig-Holstein [et al.] (2013). *Realisierungsvereinbarung zur Westküstenleitung zwischen der Landesregierung Schleswig-Holstein, den Kreisen Dithmarschen und Nordfriesland sowie der TenneT TSO GmbH*.
- Landvolk Niedersachsen (2017). *10 Punktepapier zum Netzausbau in Niedersachsen*. Im Internet unter: <https://landvolk-hannover.de/wp-content/uploads/2017/05/10-Punkte-Papier.pdf>, Recherche am 22.09.2022.
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Richter [et al.] (2016). *Bürgerbeteiligung in der Energiewende. Zehn Thesen zur gegenwärtigen Etablierung, zu Herausforderungen und geeigneten Gestaltungsansätzen*. Potsdam.
- Röttger, Ulrike (1998). Kampagnen. In: Otfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil*, S. 667. Wiesbaden: Opladen.
- Rugenstein, Jonas (2017). „Das Ziel ist Beschleunigung und Akzeptanz.“. Die Konflikte aus Perspektive der Unternehmen. In: Christoph Hoefft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hrsg.), *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*, S. 153–168. Bielefeld: transcript Verlag.

Weber, Florian/Kühne, Olaf (2021). Energiekonflikte im Übertragungsnetzausbau. rechtliche Regelungen und die Rolle von Bürgerinitiativen. In: Sören Becker/Britta Klagge/Matthias Naumann (Hrsg.), *Energiegeographie*, 171-181. Stuttgart: UTB; Verlag Eugen Ulmer.







**Centrum für Umweltmanagement,  
Ressourcen und Energie (CURE)**

Fakultät für Wirtschaftswissenschaft  
Ruhr-Universität Bochum  
Universitätsstraße 150  
44801 Bochum

Telefon: 0234 32-19638

E-Mail: [cure-econ@rub.de](mailto:cure-econ@rub.de)